



Seite 2 von 2

Gambia stärken und sich negativ auf den Prozess auswirken. Umso wichtiger ist es aus Sicht der Entwicklungspolitik einen progressiven, kohärenten regionalen Politikdialog zu unterstützen sowie lokale Akteur\*innen und die lokale Zivilgesellschaft und ihre Aufklärungskampagnen zu stärken. Die Bundesregierung stimmt vorsichtig optimistisch, dass sich jetzt auch die gambische Regierung öffentlich für ein Festhalten an dem Verbot ausspricht.

Die gemeinsame Erklärung der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) vom 06. Februar 2024 (siehe <https://www.oic-iphrc.org/home/article/567>) ist ein wichtiger Beitrag zur Beendigung der schädlichen Praxis weltweit und ist mit Blick auf die Entwicklungen in Gambia eine zeitlich adäquate Stärkung der progressiven Kräfte vor Ort. In Gambia wird die Erklärung genutzt, um für eine Aufrechterhaltung des Verbotes einzutreten. So verpflichtete sich der gambische Präsident Adama Barrow beim 15. Gipfel der OIC in Banjul (04.-05.05.2024), die Prinzipien und politischen Ziele der OIC zu unterstützen.

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement in dieser wichtigen Sache. Gemeinsam – durch politische und zivilgesellschaftliche Aktivitäten – und die Zusammenarbeit mit Menschenrechtsgruppen in den betroffenen Ländern können wir diese Praxis beenden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Elektronisch gez. Dr. Bernhard Braune  
Referatsleiter Sahel – Westafrika I

### **Hinweis zum Datenschutz**

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten im BMZ können Sie der Datenschutzerklärung auf

[www.bmz.de/de/service/datenschutzerklaerung](http://www.bmz.de/de/service/datenschutzerklaerung) entnehmen.